

Suldaer Zeitung

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis ohne Frangobrief und Postgebühren in Sulda sowie auswärts 1,50 Mark. *** Rotationsdruck und Verlag der Suldaer Anstalten in Sulda. Fernsprecher Nr. 9. ***

Wochen-Belagete: Illustrierte Sonntagszeitung. Monats-Belagete: Suldaer Geschichtsblätter. Zeichnungen der preussisch-süddeutschen Klassen-Lotterie. — Halbjährlich Taschenfahrplan.

Belegzeit: Der Raum einer einseitigen Colonne, 47 mm breit, muss 22 Pfd. Kalkstein, der Raum einer Colonne, 74 mm breit, muss 45 Pfd. Kalkstein, der Raum einer Colonne, 100 mm breit, muss 70 Pfd. Kalkstein sein. Die Schrift muss in der Höhe 10 Pfd. sein. Die Schrift muss in der Höhe 10 Pfd. sein. Die Schrift muss in der Höhe 10 Pfd. sein.

Nr. 12. Erstes Blatt. Freitag den 16. Januar 1914. 41. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. Januar 1913.

Eingegangen ist noch eine Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei betr. die Kriegsgeschädigten. Diese Interpellation soll mit der den gleichen Gegenstand behandelnden sozialdemokratischen Interpellation behandelt werden. Auf Anfrage erklärt Staatssekretär Dr. Bahr, der Reichsanwalt sei bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen sei.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die Regelung der

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Zur Begründung erklärt Ministerdirektor Caspar: Seit Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe, von der man für das Handelsgewerbe, besonders für die Nahrungsmitteleinzelhandel, eine beschränkte Arbeitszeit zugelassen hat, ist der Wunsch nach weiterer Beschränkung, nach gänzlichem Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe wiederholt hervorgerufen. Besonders die kaufmännischen Angestellten erklären die bestehenden Zustände für unzulänglich und erheben die Forderung der vollen Sonntagsruhe. Der jetzige Gesetzesentwurf sieht als Höchstmaßnahme in öffentlichen Verkaufsstellen drei Stunden fest. Nur in einzelnen Fällen dürfen Ausnahmen gestattet werden. Die Vorlage sucht zwischen den Bedürfnissen der laufenden Landbevölkerung und den Forderungen der Angestellten einen Ausgleich zu schaffen.

Abg. Brandt-Bernburg (Soz.): Die Vorlage stellt eine Verhöhnung der Angestellten dar. Die Ausnahmebestimmungen bleiben bestehen und den Lokalbehörden und der Polizei bleibt unbenommen, Ausnahmen zuzulassen. Dagegen wenden wir uns ernstlich. Eine Schmäherung der Kaufmannschaft ist nicht zu befürchten. Die weitere Folge der gesetzlichen Sonntagsruhe müßte der freie Samstag-Nachmittag und die Lohnzahlung am Freitag sein.

Abg. Gruberger (Ztr.): Der vorliegende Entwurf soll uns wieder einen Fortschritt bringen. Es ist zu bedauern, daß er sich lediglich auf das Handelsgewerbe beschränkt. Auch in einer ganzen Reihe von Industrien würde es sehr gut möglich sein, die Sonntagsruhe noch mehr durchzuführen. Auch der Zeitpunkt ist ungünstig. Die Vorlage selbst ist ungenügend und mit mündlichen Vorreden überaus unannehmbar. Sie regelt alles nach der Schablone. Die große Kampfnahme ruft über alle Haus des Vaterlandes und soll alles gleich machen. Wenn ich Staatssekretär wäre, dann ließe ich nicht die Geheimnisse in Berlin an einer Vorlage herumdozieren, sondern schickte sie aufs Land, damit sie die praktischen Verhältnisse kennen lernen. Die sozialdemokratische Forderung der völligen Sonntagsruhe würde den glatten Ruin zahlreicher Familien des kaufmännischen Mittelstandes zur Folge haben, denn die Sonntagsruhe macht oft den vierten Teil der Wocheneinnahme aus. Die großkapitalistischen Unternehmen würden gestärkt werden, der Kleinhändler würde gewaltig zurückgehen. Ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit ist daher für uns nicht annehmbar. (Rufe der Soz.: Das christliche Zentrum!) Darauf antwortete ich mit den Worten des Kaisers des Christentums: Ach, ihr Heuchler! (Beifall im Zentr.) Wir werden die Vorlage in der Kommission ernstlich umarbeiten müssen. Wir empfehlen eine Abkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden mit einer völligen Durchföhrung der Sonntagsruhe in den Großstädten. Ferner, wo durch Ortstatut bereits eine weitgehende Sonntagsruhe als die in der Vorlage vorgesehene existiert, muß diese Regelung beibehalten werden. Danksagung wäre eine Statute über die Sonntagsarbeit der Arbeiter. Der Reichsanwalt, der sich nicht nach Bedingung der Fabrikarbeiter, sondern nach dem Reichsanwalt, sollte sie möglichst bald ausarbeiten.

Abg. Hilt-Elzingen (natl.) erklärt, daß der vorliegende Entwurf einen großen Fortschritt bedeute, insbesondere insofern, als er die Zahl der Arbeitsstunden bedeutend einschränkt.

Abg. Graf Garmer-Bierowitz (kon.) tritt für eine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes auf dem

Land und in den kleineren Städten ein. In den Großstädten aber ist der Kaufmann wegen der Landbevölkerung auf den Sonntagsverkauf angewiesen. Bedenklich ist die Konkurrenz der Waren- und Kaufhäuser, die jetzt sogar in Automobilen auf die Wärschaft gehen.

Abg. Gumbel (Sp.): Die Landbevölkerung widerspricht sich der vollen Sonntagsruhe, nicht aus Unwohlsein gegen ihre Angehörigen, sondern unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ihre berechtigten Wünsche müssen berücksichtigt werden, ebenso die der Angestellten.

Abg. Lamber (Soz.) erklärt, daß die volle Sonntagsruhe auf dem Lande nicht durchführbar ist.

Abg. Wurmuth (Sp.): Die kleinen Städte unter 100 000 Einwohnern müssen anders gestellt werden als die Großstädte; sie können den Sonntagsverkauf nicht entbehren.

Abg. Wurm (Wirtsch. Tag.): Der Verband christlicher Kaufleute fordert völlige Sonntagsruhe. Das Ausland ist uns da voraus. Eine Sonntagsruhe ist nur möglich durch die Einführung der Sonntagsruhe. Die Bevorzugung der jüdischen Geschäftskreise durch die Vorlage hat für uns die größten Bedenken.

Freitag: Weiterberatung: vorher keine Anfragen; schleuniger Antrag auf weitere Einmündung des Termins für die Abgabe der Vermögensverklärung zum Scherzbeitrag.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Donnerstag, den 15. Januar.

Der Antrag des Abg. Kronloh (Sp.) und Gesellen betreffend Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Gumbel wegen Beleidigung wird ohne Debatte angenommen.

Die erste Lesung des Entwurfs

wird fortgesetzt.

Abg. v. Heydenbrand und der Graf (kon.). Der Abg. Gerold hat hier die Forderungen nach Einführung des säkularisierten Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen ausgesprochen. Meine politischen Freunde halten es nicht für richtig, daß den Gemeinden, die den obligatorischen Religionsunterricht einführen möchten, durch die Regierung entgegengetreten wird. Diese sollte den Boden für die religiöse Auffassung bilden. Die Einführung einer neuen Wahlrechtsvorlage ist durchaus Sache der Regierung. Zwar bedarf das preussische Wahlrecht in vielen Dingen der Ergänzung, aber es ist eines der besten Wahlrechte. Die Freiämter müßten doch zuerst einmal einen Versuch mit der Übertragung des Reichstagswahlrechts in den Städten machen. Was den Fall Jagow anbetrifft, so hat Herr v. Jagow als Privatmann darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne Geschäftsanteile bei dem Urteil vergeben worden sind, und daß zu tun, kann einem Privatmann nicht verweigert werden. Herr von Jagow ist einer der tüchtigsten Beamten, von dem wir noch Großes zu erwarten haben. (Beif. der Rechten.) Auch wir freuen uns über das Kartell der kaufmännischen Stände und wünschen, daß auch die Arbeiterinteressen in diesem Kartell in geeigneter Weise vertreten sein möchten. Die nationaldemokratische Partei, die sich hier für den Schutz der nationalen Arbeit so energisch ausgesprochen hat, möge diesen Standpunkt auch bei ihrer Fraktion des Reichstages wirksam vertreten. Von einer grundsätzlichen Industrieseindlichkeit sind wir sehr weit entfernt und wie ich sehe, sind wir in den wesentlichen Dingen derselben Ansicht und wirtschaftliche Klänge werden uns nicht trennen. Wir haben niemals an der Loyalität des Herzogs von Braunschweig gemelt und nur die wilsche Agitation hat uns mit Sorge erfüllt. Einen völligen Verzicht des Herzogs von Cumberland haben wir als unbedingte Voraussetzung hingestellt. Aber es ist nötig gewesen wäre, mehr als jetzt zu verlangen, muß die Zustimmung, in der hoffentlich die preussische Regierung die schwere Verantwortung wird tragen können. Im Falle Jaber hat der preussische Landtag einiges Recht, mitzuspochen. Uns hat die Entscheidung der Dinge Recht gegeben. Die nationaldemokratischen Strömungen in Schlesien sind nicht zu unterschätzen. Die Verhältnisse, die die ganze Organisation der Behörden dort angenommen, ist unbedeutend und wäre es auch them Platz gewesen, so wäre die Sache nicht so verlaufen.

„Und Du glaubst, daß Frau von Erneuil Vermögen ein bedeutendes ist?“

„Sie besitzt mehr als vier Millionen. Ich habe selbst mit dem Notar gesprochen, bei welchem das Testament des Vaters liegt.“

„Nicht wahr den Notaren, Gontran, gerade so wie den Ärzten. Die einen sind Spitzbuben, die anderen Unwissende. Dich trauen auch vor allem den jungen Mädchen, die alle fofekt und nur auf das Verderben der Männer bedacht sind.“

Der junge Mann zuckte die Achseln:

„Dann verdammt Du mich also zum ewigen Eolibat? denn dies wäre nun bereits das vierte Heiratsprojekt, welches Du durch Dein stetes Mißtrauen hinfüßst. Ich bin kein Kaiser, kein Einfallspinsel, denn ich wurde von meinem Vater in einer Weise erzogen, daß ich nicht einmal meinem eigenen Ich viel Vertrauen entgegenbringe. Genevieve gefällt mir schon längst! Ich will also nicht sagen, daß ich sie liebe, wenn der Ausdruck für einen Mann unserer Zeit zu stark ist. Sagen wir also: Genevieve gefällt mir und zieht mich an. Da ich aber wußte, daß sie arm war, widersand ich meiner Neigung und näherte mich ihr nicht. Ein glücklicher Zufall hat alles geändert, hat Genevieve zu einer reichen Erbin gemacht, und Du willst, daß ich auch jetzt noch der Stimme meines Herzens widerstehe? Hast denn Du selbst niemals geliebt, Vater?“

„Nein!“ entgegnete Herr von Grouillot, „ich habe nie geliebt! Liebe ist eine Torheit! Ich habe Deine Mutter aus Vernunftsgründen geheiratet, aber weder sie, noch ich sind unglücklich gewesen, weil die Liebe ursprünglich mit unserer Wahl nichts zu tun hatte.“

„Dann willst Du überhaupt nicht, daß ich heirate!“ sprach Gontran traurig. „Zum zehnten Mal seit sechs Monaten komme ich auf die gleiche Angelegenheit zurück! Ich habe alle Deine Bedingungen erfüllt und noch gibst Du nicht nach. Ich habe mit dem Notar gesprochen, ich habe mit dem Notar gesprochen, ich habe Frau von Erneuil gesehen, ich habe das Manuskript in Augenschein genommen, welches man dem verunglückten Rinde errichtet — was in aller Welt soll ich noch mehr tun?“

Wir stehen hinter unsern preussischen Heere. Die Schuld auf den Reichsanwalt abzuladen, wie es die National-Liberalen getan haben, ist ungerecht, da dieser in Bezug auf eine Verletzung des Militärrechts mehr zugehoben, als das Militärrecht konstatiert hat. Es ist eine falsche Darstellung des Militärrechtspräsidenten, daß wir durch die Ablehnung der Besitzsteuer dem Reich etwas verliert haben. Auch bei ihrer Ablehnung war jede militärische Forderung bis zum 1. Januar 1916 gesichert und es hätten eventuell dann die Militärbeiträge herangezogen werden können. Durch die Ablehnung der Erbschaftsteuer 1909 ist die unser Finanzsystem zustande gekommen, durch die große Reichssteuer heute so glänzend dahebt, und die auch der Armee und Marine zugute kommt. Die Ausführungen des Reichsanwalters entsprechen nicht der Gerechtigkeit und Wahrheit. Ueber die Tragweite des Antrages Erbschaftsteuermann sind sich selbst die Regierungen nicht eingewilligt haben, niemals ein glattes „Annehmbar“, wie es der Reichsanwalt gehört haben will, ausgesprochen, sondern sind der Regierung Schritt für Schritt nähergetreten. Wenn wir die „liberale“ Politik des Ministerpräsidenten nicht genügend unterstützen, so ist das verständlich, aber wir können nicht gegen unsere Ueberszeugung handeln. Die Regierung hat ihre Vorlage jedenfalls nicht genügend verteidigt. Warum hat sie damals nicht die Volksovertretung zum Teufel gejagt! (Lärm links.) Die Regierung hätte alles in der Hand, keine Partei hätte wagen können, ihr die Deckung der Wehrvorlage zu verweigern. Sie konnte verlangen, was sie wollte. Die Sozialdemokratie hat ein Schweinegeschrei gehört. (Beif. der Rechten.) Große Deiterheit! Sollte die Regierung den Reichstag aufgelöst, so wäre nämlich die Hälfte von ihnen geflogen. Das Ende war eine Ordnung der Dinge, welche den vollen Beifall der Sozialdemokraten fand. Die Sozialdemokratie sagt jetzt ganz offen, daß, wenn eine neue Steuer kommt, sie nur auf den Beifall gelegt werde. Sie sollten doch wissen, daß die Dinge ihre Grenzen haben! Ich verstehe sehr wohl, daß der Sozialdemokratie daran liegt, die Unzufriedenheit zu mehren. (Lärm: Das machen Sie!) Aber die Stunde ist nicht mehr weit, wo es mit der Beziehung des Reiches nicht mehr weiter geht. (Lärm.) Wir sind gute Deutsche und wollen nicht in das Eingreifen, was der Reich ist. In die Rechte und die Verfassung Preußens darf aber nicht eingegriffen werden zugunsten des Reiches. Wir werden die Regierung unterstützen, wenn sie Wege wandelt, die Preußen und dem Reich dienlich sind. (Beif. der Rechten.) Handelskammer. Der Reichstag müßte das Bänkefalten.)

Abg. Dr. West-Essen (Ztr.): Es ist eben ein Gewitter über das Haus gezogen, von dem man nicht recht weiß, was mannen es kommt und wo es hingehet, ob und wo es überhaupt einschlägt. Ein Blick auf die Ministerbank während der Rede des Herrn v. Heydenbrand bezeugt es: er hat mich fragend die Bienen der einzelnen Herren Minister: Eine Angel kam geflogen, gilt sie mir oder gilt sie dir? — Bei unserer diesjährigen Einberufung nehmen die Gegenstände, die eigentlich zur Zuhändigung des Reichstages gehören, eine ungemüßliche Wende an. Wer das Vergangene hat, altemerfend in beiden Parlamenten mitzuwirken, der mußte sich zuweilen fragen, befinden wir uns bei den Staatsberatungen des Reichstages oder des Abgeordnetenhauses? Das Amt des preussischen Ministerpräsidenten ist heute bereits ebenso schwierig wie das des Reichsanwalters, denn es ist nicht mehr nur die Reichsanwaltschaft, sondern auch die Reichsanwaltschaft, die die Verantwortung trucht. Herr von Westmann-Dollweg den Forderungen des Reichstages. Ich habe mit dem höheren Teile meiner Fraktion für das Vermögenssteuer-gesetz gestimmt; ich lege aber Wert darauf, zu erklären, daß ich das nur schweren Herzens getan habe, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Ich möchte den leidigen Streit über die Erbschaftsteuer nicht noch mehr aufreizen, der Erbschaftsteuer auch keine Zeichen geben. Nur eine Bemerkung: Der Ministerpräsident hat erklärt, er habe die Erbschaftsteuer immer für einen Fehler gehalten. Darauf möchte ich dem Herrn Westmann, er sei nicht fest gebunden. Ich glaube, man kann mit einem Blick auf die Vergangenheit auch zu der entgegengesetzten Konsequenz kommen: Herr Westmann-Dollweg hätte die Einsicht, daß der Streit um die Erbschaftsteuer unter Volkstischen vergiftet, etwas früher kommen sollen, ehe er den

Vorschlag machte. (Sehr richtig!) Das kann kein einseitiger Politiker verkennen, daß der bedauerliche Akt, der durch unsere Nation geht, nur durch den Zusammenstoß der Erbschaftsteuer hervorgerufen worden ist. Unsere Paritätssagen sind schon alt. Vor einigen Jahren erwiderte man und folgendes: Einmal liegt ein Mangel an katholischen Beamten vor, dann gehen die höheren katholischen Beamten nicht gern in nicht-katholische Gegenden, und überdies sei es in den letzten Jahren bedeutend besser geworden. Die Gründe der Nichtfertigung der Imparität können wir nicht anerkennen. Nachweislich besteht im ganzen preussischen Staate eine geradezu schreckende Imparität bei allen Beamtenkategorien. Der katholische Beamte muß das als eine unerträgliche Nichtachtung ansehen. Wir sind Freunde einer guten Tradition, aber nicht einer solchen, welche die Imparität zugrunde hat. Dergleichen müssen wir uns entscheidende Einspruch erheben. Der Zufall soll eine Rolle spielen, wird und immer entgegengefallen. Dann ist auch um mit Herrn Friedberg zu sprechen, der Zufall parteipolitisch. Wir verlangen keine mechanische Parität; aber was wir verlangen müssen, ist, daß man keinen Beamten wegen seines katholischen Bekenntnisses ablehnt, auch nicht etwa deshalb, weil er der Zentrumspartei angehört. (Beif. Zustimmung im Zentrum.) Es ist doch eine allbekannte Tatsache, daß in Preußen die katholischen in den höheren Beamtenstellen immer weniger werden. Anwärter sind ausreichend vorhanden. Ich möchte auch heute an den Minister des Innern die Frage richten: wieviele katholische Regierungsreferendare werden heute überhaupt noch angestellt, und wieviele werden abgelehnt? Eine Antwort würde jedenfalls zur Klärung der Lage beitragen. Ich erwarte dringend, daß nicht nur im Ministerium des Innern, sondern in sämtlichen Ämtern bald der Geist der Parität einziehen möge. Wir werden diese für den katholischen Volkstiel eminent wichtige Frage im Auge behalten und zur gegebenen Zeit wieder Stellung dazu nehmen. Ein ernstes Wort wird später auch darüber zu reden sein, daß fast sämtliche Selbstverwaltungsorgane eine Imparität zu gunsten der katholischen Bevölkerung üben. Wir sprechen aber heute schon die Erwartung aus, daß auch dort diese Imparität endlich aufhören muß. Die Lösung der braunschweigischen Frage halten wir für glücklich und können in diesem Punkte mit dem Reichsanwalt einverstanden sein. Für unsere Stellung im Falle Jaber im Reichstage haben wir allein die Verantwortung. Wenn der Reichsanwalt auch im Reichstage so klar gesprochen hätte wie hier und im Herrenhaus, dann hätte die Verhandlung ein ganz anderes Ergebnis gehabt, dann wäre es nicht zu einem solchen Stadium gekommen. Im Reichstage hat der Reichsanwalt sein Wort von dem Reichstagsstandpunkt her, auf den der Oberst von Meuter sich gestellt hat, nicht über die Rabinettiorder von 1820. Eine antimilitärische Tendenz hat uns ferngehalten. Doch ist der Offizier bei lässlichen Angriffen selbst verteidigen muß, ist selbstverständlich. Bei anderen Angriffen jedoch unterliegt er dem Rückzug. Deshalb müssen wir den Zivilbehörden gegenüber den Offizieren und Soldaten den nötigen Schutz angedeihen lassen. Wenn sie verlangen, muß sofort die Entscheidung der höchsten militärischen Stelle angesetzt werden. Die Frage, ob die Rabinettiorder von 1820 gültig ist, bedarf der baldigen Klärung. Doch die Zivilbehörden sie nicht kommen, ist zweifellos. Uebersicht ist eine prinzipielle Klärung der Angelegenheit erforderlich. In die Selbstständigkeit der Bundesstaaten soll nur insoweit eingegriffen werden, als unbedingt erforderlich ist. Wir sind immer eingetreten für die historische Verwirklichung Preußens im Reich. Die künftigen und künftigen Befugnisse sollen unangefastet bleiben. (Beif. im Ztr.)

Abg. Dr. Schiffer (natl.) spricht zunächst seine Befriedigung über die nunmehr restlose Lösung der Westfrage aus und rechtfertigt die Haltung der Reichstagsmehrheit in Sachen der Westfrage. Mit der Befestigung des Reiches kann es so nicht weitergehen und bei neuen großen Rüstungsanforderungen werden wir uns wohl mit der Einführung von Monopolen befriedigen müssen. Wir wollen, fährt der Redner fort, für Preußen die direkte und geheime Wahl, lehnen aber das gleiche Wahlrecht ab und wollen das abgelehnte beibehalten. (Der Reichsanwalt befragt den Saal.) In der Fabrik Angelegenheit haben

nicht daran dachte, eine zweite Ehe zu schließen nach all dem Leid, das ihr widerfahren. Sie ist auch sehr gut und würde mich gewiß nicht entzweien. Aber selbst wenn sie es täte, glaubst Du, daß Gontran aufhörte, mich zu lieben? Er bedarf nicht, wie der Marquis von Rochepelle, eines Vermögens, um seine Schulden zu bezahlen; er will auch nicht, wie der Bankier Junker, mit meinem Gelde spekulieren, er ist reich und unheimlich reich.“

Die Baronin Rochepelle legte durchaus keinen Wert darauf, die Ungenügsamkeit des jungen Gontran vor der Heirat auf die Probe zu stellen. Nach derselben wollte sie gerne eingesehen, daß sie an diese Ungenügsamkeit glaubte. Gontran würde leicht verzeihen, ein Beliebter ist immer nachsichtig. Die Baronin sagte sich, daß sie ihren Reffen nicht ewig in jenem kleinen Dorf lassen dürfe, nur lag ihr daran, ihre Genevieve glücklich zu machen. Sie hatte in ihrer eigenen Jugend erlebt, daß eine ihrer Freundinnen an gebrochenem Herzen zugrunde gegangen war, und Genevieve hatte ein gar so weiches Herz.

Inzwischen fandte sie allmonatlich die hundert Frank an Frau Rahuret, und beobachtete dabei alle möglichen Vorsichtsmaßregeln. Sie schickte das Geld von dem entlegenen Postbüro aus ab, jedesmal unter einem anderen Namen. Sie empfand dabei aber immer eine abergläubische Furcht und doch meinte sie ihr Versprechen zu führen, indem sie über das Wohl des Kindes machte und das Schweigen der Frau erkaufte. Ein zufälliges Ereignis bestrafte sie noch, in dieser Handlungsweise fortzuführen.

Die Herzogin von Montaigne Argel entfann sich bei einer der Vereinigungen der Gesellschaft welche die kleine Gräfin von Remy von einem verlassenen Rinde erzählt hatte und fragte diese nach ihrem Schicksal.

„Aber der kleine Eigentümer, dieser romantische Geschichte Sie uns im Vorjahre zum besten geben, seine Angehörigen wiedergefunden?“

„Nein“, entgegnete Gräfin Verba, „er lebt noch immer bei dem Waldhüter, wo er vortrefflich gepflegt wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Das verlorene Kind.

Roman von Marie Lescot.

XII.

In der Veranda eines halb schloßartigen Hauses sah ein Mann von etwa sechzig Jahren, in einem abgetragenen Sammetanzug, die Heise im Wandel; vor einem kleinen halb abgeräumten Speiseisch, ihm gegenüber, ein junger Mann, der mit ausgeführter Eleganz gekleidet war.

„Vater, ich beschwöre Dich, verweigere mir Deine Einwilligung nicht! Ich liebe Genevieve von Rochepelle und wünsche nichts schändlicher, als sie zu heiraten.“

Der Vater nahm die Heise aus dem Munde, blies die Rauchwolken in die Luft und sprach langsam:

„Güte Dich, Gontran. Für das Glück einer Ehe ist es nicht angezeigt, seine Frau allzusehr zu lieben, man mißtraut ihr dann nicht genügend, man sieht nicht klar und läßt sich leicht überführen!“

„Man überlegt nicht!“ wiederholte der junge Mann heftig. „Mein Gott, seit sechs Monaten dringst Du mich, zu überlegen! Warum müßt Du denn immer Mißtrauen zeigen?“

„Wenn man mich mißtrauisch nennt, so liefert dies nur den Beweis, daß ich mich nicht überwindeln lasse. Ich aber fürchte sehr, daß diese Rochepells Dich vollständig am Gängelbande führen.“

Der junge Mann hatte sich erhoben und schritt ungeduldig an der großen Veranda auf und nieder.

„Der Freiherr von Rochepelle ist ein Ehrenmann, unfähig, jemanden hinterlistig zu führen. Er hat mir seine Verhältnisse klar auseinandergesetzt. Ich weiß sehr gut, daß es für ihn einen dunklen Punkt gibt, die mögliche Stellung Frau von Erneuil, durch welche sie in die Lage versetzt werden könnte, frei über ihr Vermögen zu verfügen; aber die Stellung ist unannehmlich. Nerven- und Nervenärzte be- haupten, daß sie nicht mehr erholen kann.“

„Ich will, daß Du mir Zeit läßt, nachzudenken. Wie alt ist denn diese Tante Erneuil? Du hast mir's noch nicht gesagt! Ich hoffe, sehr alt?“

„Nein, im Gegenteil, sehr jung, aber ganz wie ein Hauch.“

„Und die Aerzte behaupten, sie könne nicht genesen?“

„Sie behaupten es mit der größten Bestimmtheit.“

„Nun, so höre mich an, Gontran. Ich bin bereit, etwas für Dich zu tun, da dieses junge Mädchen Dir nun einmal den Kopf verdröh hat! Ich will selbst mit dem Jrenarzt und mit dem Notar sprechen, denn Du müßt wohl einsehen, daß ich auf das Geschwäh eines Verliebten keinen Wert legen kann; dann will ich mit dem Freiherrn von Rochepelle Rücksprache nehmen. Ich stelle durchaus nicht in Abrede, daß eine Mill. u eine recht hübsche Aussicht ist, aber es bedarf denn doch noch etwas größerer Sicherheit als Du mir gewährt.“

„Aber Vater, Du bist selbst reich!“

„Du wirstest es fertig bringen, mich sehr zugrunde zu richten, wenn ich mich auf Dich verlassen wollte.“

„Seit der sechs Monate, während welcher Herr von Grouillot dem Gedanken an die Verbindung seines Sohnes mit Genevieve von Rochepelle näher getreten war, schickte die Baronin Rochepelle nicht auf Hofen. Sie sehnte sich danach, die Zukunft ihres Kindes durch eine glänzende Heirat gesichert zu wissen, und sie zitterte unaufhörlich davor, daß irgend etwas ihre Pläne und Hoffnungen durchkreuzen könne. Bedrückt Herzens lauschte sie den Liebesgesprächen ihrer Tochter; sie begriff, daß Gontran ihr wirklich teuer geworden sei.“

„Mutter, glaube mir, er tut alles, was in seiner Macht steht, um den Entschluß seines Vaters zu beschleunigen. Wir können ja warten, denn wir sind jung und lieben uns von Herzen.“

„Und wenn Deine Tante Erneuil genesen sollte“, sprach die Baronin mit einiger Beforgnis, „sichere die Baronin mit einiger Beforgnis.“

„Wenn meine Tante Erneuil genesen sollte“, entgegnete das junge Mädchen, „so würde ich mich bei den von Herz u freuen. Ich bin überzeugt, daß sie

die Anwesenheit, sowie die Gerichtsbarkeit...
geht, daß der unangehörige Vorwurf, der die Willkürverwaltung in Elbich-Bestimmungen als Soldaten zu erweisen ließ, unbegründet war. Die Verhältnisse in Elbich-Bestimmungen sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß in Süddeutschland die preussische Art nicht richtig erkannt und gewürdigt wird. Man darf nie vergessen, was Preußen für das Reich geleistet hat. Die preussische Eigenart muß hineinwirken in den Charakter der anderen Staaten: Preussisches Eisen im deutsche Blut!

Ministerpräsident v. Bethmann-Bellwag: Anknüpfend an die Worte des Redneres will ich auch über meine Auffassung über den Beruf Preußens in Deutschland sprechen. Schon im Verordnungs habe ich ausgesprochen, daß die ganze Kraft des Staatsgedankens, den Preußen verleiht, auch im Reich zum Ausdruck gebracht werden soll. Wenn ich im Reichstage auch sagte, man sollte doch aus den Reichsländern nicht norddeutsche Preußen machen wollen, meine ich, man sollte doch nicht alles nach preussischem Muster erleben. Im übrigen werde ich fortwährend dafür eintreten, daß das preussische Staatswesen voll zum Ausdruck komme. Wenn das nicht gelänge, dann wäre alles, was Preußen für die Einigung Deutschlands geleistet hat, vergeblich gewesen. Da ich heute vorzeitig nicht sagen kann, bitte ich im voraus um Entschuldigung, wenn ich in der Aufstellung dessen, was gesagt worden ist, mich nicht so gründlich habe unterrichten können. Abg. v. Heubrand hat geäußert, daß ich befreit gewesen sei, die Verantwortung für die Reichsveränderung von mir abzuwälzen und die konservative Partei mit verantwortlich zu machen. Die Verantwortung, die ich zu tragen habe, ist reichlich groß. Sie auf irgendeinen anderen Menschen abzumalen, liegt mir fern. Ich bin mir der Verantwortung, die ich zu tragen habe, völlig bewußt. Ich wünsche, daß auch diejenigen, die an meiner Politik Kritik üben, berücksichtigen, daß die Verantwortung, die ich trage, eine nicht ganz leichte ist. Ob ein Schritt, den ich tue, richtig ist, das zeigt sich nicht heute oder morgen, sondern in den weissen Hallen nach einem Jahrzehnt oder nach zwanzig Jahren. Sie können versichert sein, daß es mich nicht um eine schlaflose Nacht kostet, wenn ich vor einer wichtigen Entscheidung stehe. Mit den Vorwürfen der Schwäche und Vorfälligkeit, die gegen mich erhoben werden, bitte ich etwas vorsichtiger zu sein. Derartige Vorwürfe sind von dem Abg. Windler reichlich gemacht worden. Bevor Sie solche Vorwürfe erheben, bitte ich an das Verantwortlichkeitsgefühl zu denken, das mich an dieser Stelle führt, so lange ich das Vertrauen meines förmlichen Herrn habe. Ich bitte auch etwas vorsichtiger zu sein bei Vorwürfen gegen Leute, die sich hier nicht verteidigen können. Die Zeit ist viel zu ernst, als daß wir uns hier ansetzen sollten. Ich muß daran festhalten, daß die Verhältnisse am Reichstag die verbundenen Regierungen gestärkt haben, ein allgemeines Verstehergefühls vorzuliegen. Ich habe schon reichlich ausgeführt, daß es allgemeine Ansicht war, daß im Reich bei großen Reformen der Beizig mit herangezogen werden müsse. Wenn ich nun bei der Debatte für die Behauptung der Reichsversammlung gelassen hätte, dann hätte der Reichstag meine Vorlage abgelehnt, hätte mir eine Beschlüsse präsentiert und hätte der Regierung die Führung aus den Händen gerissen. Das würde bedeuten werden und deshalb mühten wir den Beizig mit behaupten. Herr v. Heubrand hat ferner den Vorwurf aufgebracht, daß die Regierung ihre Vorlage schwach vertreten habe, und er hat daran die Bemerkung geknüpft über das Verhalten des Reichsstaatssekretärs. Hier werden nun Vorwürfe erhoben gegen einen sehr verdienten Finanzmann des Reiches, gegen den Reichsstaatssekretär, der den grundsätzlichen Überzeugung aus sein Amt nach dem Gesichtspunkt führt: Nur nicht eine Periode in den Finanzen des Reiches, wie wir sie früher gehabt haben! Gegen solche Vorwürfe muß ich ihn in Schutz nehmen, wie ich jeden anderen meiner Beamten verteidige. Wir haben die Regierungsvorlage vertreten, so lange wir konnten. Wir ist neuerlich ein Wort unterlaufen, das nicht richtig war. Die konservative Partei hat erklärt, die Vorlage sei unannehmbar, aber daß die Regierungsvorlage schillerter, kann man die Parteien schuld. Die Regierung konnte damals nicht auf ihrer Vorlage bestehen, da keine Partei sich für die Regierung erklärte. Der Abg. Heubrand war mir dann vor, daß ich den Reichstag nicht aufgelöst hätte. (Zuruf links: Zum Teufel gesagt!) Die Wehr- und Redungsvorlagen waren ein viel zu ernster nationaler Gegenstand, als daß ich sie unter dem Gesichtspunkte hätte behandeln sollen, ob sich durch Auflösung des Reichstages ein mit angenehmer Reichstag ergeben hätte. Nachdem auch die Hauptfragen der Wehr- und Redungsvorlagen gelöst waren, wäre die Auflösung ein großer Fehler gewesen. (Lebhaftes Richtig!) Ausschlaggebend waren für mich die nationalen Gesichtspunkte. Hätten wir aufgelöst, dann hätten die Wehrvorlagen am 1. Oktober v. J. nicht durchgeführt werden können. Wir hätten ein halbes oder ein ganzes Jahr verloren. Auch die Herren auf der Rechten müssen überzeugt sein, daß es nur ein Gefühl der Pflicht war, das mich auf allen meinen Schritten geleitet hat. Wenn wir in dem Verhalten der einzelnen Parteien zur Regierung uns immer besser bewußt bleiben, daß wir beiderseitig lediglich im Verantwortlichkeitsgefühl das Beste des Vaterlandes wollen, dann werden wir aus den Zuständen kommen, die in den gegenwärtigen ersten Tagen und Zeiten des Vaterland gefährden. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Dr. v. Bonna (Freisinnl.): In der Jahresangelegenheit ist der einzig schuldige Teil die Presse bis in die Reihen der unabhängigen Presse hinein, die den politischen Charakter in hohem Maße vermissen ließ. Den Finanzminister und den Handelsminister bitte ich, ihren ganzen Einfluss geltend zu machen, daß der Reichsdankauschuss eine andere Zusammensetzung erhält in der Weise, daß die Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft ihren Einfluss auf das Reichstagsleben, insbesondere auf die Disziplinpolitik geltend machen können.

Abg. Dr. v. Bonna (Freisinnl.): In der Besonnenheit, mit der Herr v. Bethmann-Bellwag die äußere Politik leitet, liegt ein moralisches Kapital, das man nicht ganz vermisst. Freilich stehen wir dem Ministerpräsidenten in vielen Fragen kritisch gegenüber. Unter Wahlrecht ist die schärfste Fehlerquelle für unsere politischen Zustände; Handelsverträge, die unser Handel schädigen, werden nicht unsere Zustimmung finden. Unsere Zollpolitik muß aber einer Revision unterzogen werden. Eine Kabinettsorder aus vorläufiger Zeit kann heute unmöglich mehr Rechtfertigung haben. Wenn der Minister des Innern erklärt, er könne nicht mitteilen, ob und welche Vorhaltungen er dem Polizeipräsidenten v. Jagow gemacht habe, da dies interne Angelegenheiten seien, so erklärt er, daß der Minister im Parlament über alle Verwaltungsangelegenheiten Auskunft geben muß. Die Aufgabe des Parlamentes ist es, über das Recht zu sein. (Beifall links.)

Diesmal wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. — Die wichtigsten Teile des Etats werden der Budgetkommission überwiefen.

Samstag: Wohnungsbesitz; kleinere Vorlagen.

Die Ansichten der preussischen Wahlreform

werden schlechter von Tag zu Tag. Das kann man bedauern, aber nicht leugnen.

Auch das gegenwärtige Auftreten der konservativen Partei wirkt seinen Schatten auf die Wahlfrage. Die Konservativen machen wohl zu Verteidigung des alten Wahlsystems und der preussischen Eigenart. Der Reichsanwalt verteidigt seine Politik gegen den Vorwurf des Verrates am Preußen, aber dabei muß er auch einstimmen in das Lied des Tages: „Ich bin ein Preußer; kennst du meine Farben!“ In den preussischen Ueberlieferun-

gen gehört auch das Dreiklassenwahlrecht mit seinem indirekten und öffentlichen Verfahren, das die ein für unangehörig schlecht und die andere für besser erklären. Wenn der Reichsanwalt und Ministerpräsident jetzt eine Reform vorschlagen wollte, die wirklich eine Reform wäre, so würde er auf noch schärfere Widerstände stoßen, als bei dem ersten Versuch. Die konservative Partei ist inzwischen mißtrauischer, selbstbetrugter und kampflustiger geworden.

Das hat sich besonders deutlich gezeigt in dem Ministerpräsidenten, das vom preussischen Herrenhause mit 185 gegen 20 Stimmen beschloffen worden ist, um dem leitenden Staatsmann klar zu machen, daß er fortan sich als besserer Preuße bewähren müsse. Bei einer solchen Stimmung kann Herr v. Bethmann-Bellwag keine große Lust verspüren, durch eine einschneidende Wahlreform von neuem Zweifel an seinem persönlichen Preußentum zu erwecken. Und gerade die Willensrichtung des Herrnhauses ist für diese Frage von entscheidender Bedeutung. Wir haben f. J. als die erste Wahlrechtsvorlage in Verhandlung stand, wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht genüge, im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit zu sammeln, sondern daß die wichtigste und schwierigste Aufgabe sei, im Herrenhause eine Mehrheit für die Reform zu gewinnen.

Von diesem Gesichtspunkt aus war es die einzig zweckmäßige Taktik, daß unsere Freunde im Abgeordnetenhaus sich bemühten, die Reform des Wahlrechts so zu gestalten, daß sie nicht gegen die konservative Partei, sondern vielmehr mit Hilfe der Rechten zur Annahme gelänge. Nur unter dieser Voraussetzung ließ sich erwarten, daß auch die konservative Mehrheit des Herrenhauses der Abänderung zustimme.

Es war ein kluger und hoffnungsvoller Versuch. Er ist leider gescheitert, und zwar an der Haltung der Regierung, die durch den Herrn v. Schorlemer-Besler, damals noch Oberpräsidenten, ein Amendement einbringen und durchdrücken ließ, das eine Verschlechterung in parlamentarischer Richtung enthielt und deshalb die Sache für das Zentrum unannehmbar machte. Hätte die Regierung sich eher für das Kompromiß eingeleitet, so wären wir schon damals zu einer Reform gekommen, die ganz wesentliche Fortschritte gebracht hätte. Vor allem die geheime Wahl, die das erste und wichtigste Stück bei allen Reformbestrebungen ist.

Das verhängnisvolle Amendement von Schorlemer lag hauptsächlich im Sinne und im Interesse der national-liberalen Partei. Auch bei einem energischen Anlauf würden sich wiederum Schwierigkeiten ergeben wegen des Bestrebens der National-liberalen, anstelle der Drittelung in den Wahlbezirken die Klassenbildung für die ganze Gemeinde durchzuführen. Doch größer noch, als diese Schwierigkeit, wird bei einem erneuten Versuch die Abneigung der konservativen Partei sich geltend machen. Bei der Stimmung, die in den konservativen Reihen zur Zeit herrscht, darf man schwerlich hoffen, daß die Konservativen sich abwärts zu einem Kompromiß von dem Werte des damaligen bereit finden lassen. Der günstige Augenblick, in dem sich ein bedeutender Schritt vorwärts machen ließe, ist infolge der Haltung der Regierung verpaßt worden. Ob und wann der „psychologische Moment“ wiederkehrt, weiß keiner. Gegenwärtig ist der Moment jedenfalls nicht da.

Wir erwähnen das, um ein Bild der Wirklichkeit zu geben. Der Realpolitiker muß immer mit der Wirklichkeit rechnen, mag sie ihm gefallen oder nicht. Wir können die Sachlage ja auch ohne Aufregung betrachten; denn unsere Partei gehört nicht zu jenen die von einer Wahlreform besondere Vorteile für sich erwarten. Das Zentrum hat es nicht notwendig, mit der Wahlreform seinen Legationsstellen zu heben, und das Zentrum ist bei der Behauptung oder Verbesserung seiner parlamentarischen Stellung nicht auf Wahlrechtsänderungen angewiesen. Die Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhaus hat reichlich und rühmlich das ihrige getan, um eine zeitgemäße Reform in Fluß zu bringen. Zeit können wir mit ruhigem Gewissen abwarten, bis das angefahrne Schiff von denen, die es falsch gesteuert haben, wieder flott gemacht wird.

Die Betrachtungen über die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Partei muß freilich schließlich noch ergänzt werden durch die Feststellung, daß der größte Feind der Wahlreform die Sozialdemokratie ist. Ihr gemeinschaftliches Ziel läßt alle Versuche zur Erweiterung der Volkrechte.

Keine Verurteilung im Reuterprozeß, aber Nachprüfung der Kabinettsorder von 1820.

Die Nordd. Allg. Ztg. teilt mit, daß in den Straßburger Prozessen der Reichsstaatssekretär keine Revision bezug. Berufung einlegen wird. Die Öffentlichkeit ist ja bereits auf diesen Bericht vorbereitet worden. Die Nordd. Allg. Ztg. führt hierzu aus: Aus Straßburg wird gemeldet, daß der zuständige Gerichtsherr in dem gegen den Leinwand v. Forstner anhängigen Strafverfahren auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision gegen das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts verzichtet hat. Für diese Entscheidung des Gerichtsherrn war ohne Zweifel ausschlaggebend, daß nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts der Angeklagte einen drohenden tätlichen Angriff der auf seinen Beizig verhafteten Person abgewehrt und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten hat. Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in Bezug auf die Würdigung des Begriffs der Notwehrannahme dem Revisionsgericht nach dem Gesetz verweigert ist, mußte das Rechtsmittel der Revision als ausgeschlossen erscheinen.

Das ist juristisch zutreffend, da im Forstnerprozeß, der bereits die 2. Instanz beschäftigt hat, keine Berufung mehr, sondern nur noch Revision eingelegt werden kann, die Revision sich fast nur auf formale Verstöße stützen kann. Anders ist es im Reuterprozeß, wo noch Berufung möglich wäre. In dem Bericht im Reuter-Prozeß schreibt das halbamtliche Blatt:

„Wie wir weiter hören, wird auch in dem Verfahren gegen den Obersten v. Reuter der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung gegen das freisprechende kriegsgerichtliche Urteil verzichten. Für diesen Bericht mag gesprochen haben, daß die eingehende Revisionsaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei den guten Gläubigen des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstverhältnissen zu ergebende Berechtigung zu dem Vordringen des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkanntem Rechtsgrundlagen straflos bleiben muß.“

Hier wird nur die eine Seite der Angelegenheit beleuchtet. Der gute Glaube war allerdings dem Obersten von Reuter zugubilligen, wenn er einwandfrei nachweisen konnte, daß die Kabinettsorder von 1820 tatsächlich für ihn als Warnfunktions nach Gültigkeit hat. Die andere Seite aber, die widerrechtliche Einperrung von Zivilisten in den Bundesarmeen und die Weigerung, sie den Zivilbehörden auszuliefern, wird in der Begründung der Verurteilung auf eine Berufung gar nicht erwähnt. Hier lag ein guter Glaube, auch keine Rechtfertigung mehr vor; denn Oberst v. Reuter war vom Kreisamtman Dr. Großmann ausdrücklich darauf

aufmerksam gemacht worden, daß er gefesselt handelte, wenn er die Verhafteten in der Kaserne behalte.

Die Nordd. Allg. Ztg. bestätigt dann die eigentümlich unbegründete Tatsache, daß die geheime Dienstvorschrift, die plötzlich in der Urteilsbegründung auftaucht, auch die Kabinettsorder von 1820 enthalte. Sie schreibt nämlich:

Es ist richtig, daß in der Dienstvorschrift über den Befehlsgang des Militärs von 1800 Teile der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 verweist worden sind, und zwar um das Notwehr- und Notwehrrecht des Militärs sowie die Fälle, in denen die Anwendung des Militärstrafrechts in Frage kommt, darzulegen. Aus ihrer Wertung, die nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen seitdem erschienenen und veröffentlichten Neubänden der Vorläufig gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Ungültigkeiten ergeben. Nachdem sich indessen bei den jüngsten Ereignissen in Göttern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1800 die Bestimmungen der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden.

Das einzige Resultat an der ganzen Rundfrage der Nordd. Allg. Ztg. ist die Ankündigung der Nachprüfung der Dienstvorschrift. Die Begründung für den Bericht, Berufung gegen das freisprechende Urteil im Reuter-Prozeß einzulegen, ist, wie wir wiederholen muß, überaus mangelhaft. Die Berufung hätte auf alle Fälle eingelegt werden müssen, weil der Prozeß an sich schon viele Unbegreiflichkeiten enthält und die Einperrung von Zivilisten, wie selbst der Anklagegelehrter in seiner Verteidigungsschrift ausführte, nicht straflos bleiben darf. Was die Sache des Obersten v. Reuter so gut, wie seine Parteigänger behaupten, so brauchte er von einer Berufung ja nichts zu befürchten; für die Berufung weiter Vollstreckung aber wäre ein Gewinn daraus entspringen.

Strasburg, 15. Jan. 1914. Die Zweite Kammer des elsass-lotharingischen Landtags setzte heute vormittag die Verhandlungen über die Sorgänge in Jäbern fort. Abg. Wolf (lib.) führte aus, der Freispruch des Kreisgerichts habe im Widerspruch zu den Anschauungen des Reichsanwalts, die dieser im Reichstage vertreten habe. Es müsse durch eine reichsgerichtliche Bestimmung sichergestellt werden, welche Rechte das Militär in unserer Rechtsflaute besitze. Abg. Müller-Thann (Str.) vermittelte in der Rede der Regierung den Ton der Entscheidung, den man im Hinblick auf den Scheid der anderen Seite erwarten dürfte. Oberst v. Reuter sei schmerzhaft typisch militärischer Mentalität zu sein. In Jäbern ist es der Willkürgemäß um eine Rekrutprobe zu tun gewesen und diese ist auch gut vorbereitet gewesen. An die höchste Stelle ergabe der Fall, daß gegen das Urteil des Reichsgerichts Berufung eingelegt würde. — Nachmittags wurde nach weiterer Debatte die bereits gemeldete Resolution, die besagt, daß die Anwesenheit in Jäbern durchaus ihre Pflicht getan und daß um Entzug des Militärs jeder Anlaß gefehlt habe, das die Regierung aber hätte eine größere Energie entfalten können, unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Jäbernanzüge in Vorbereitung. Von Vertretern der Zentrumsfraktion des Reichstags, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen werden gemeinschaftliche Anträge vorbereitet, die sich auf die militärische Seite des Jäberfalls beziehen. Auch haben zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der bürgerlichen Parteien vertrauliche Besprechungen darüber stattgefunden, wie die vom elassischen Senat an den Reichstag gerichteten Wünsche wegen reichsgerichtlicher Abgrenzung der staatlichen Kompetenzen im Reichsland zu behandeln sind.

Die Interpellationen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten über die Straßburger Kriegsgerichtsakte werden voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche im Reichstage zur Beratung kommen, nachdem jetzt amtlich erklärt worden ist, daß der Straßburger Gerichtsherr auf die Revision im Falle Fortritt und auf die Berufung gegen die Freisprechung des Obersten von Reuter verzichtet hat.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Jan. 1914. Der Kaiser konterte heute vormittag im Neuen Palais mit dem Reichsanwalt und dem Vorsitz der Kriegsminister, das Ober des Generalstabs und des Ober des Militärsekretärs. — Das Gebäude der Angehörigenversicherung, das in Wilmersdorf-Berlin errichtet wird, kostet 6 Millionen Mark. Zur Erlangung von Bauplänen wird ein Wettbewerb unter den deutschen Architekten ausgeschrieben. Der erste Preis beträgt 15000 Mark. — Die Vertragsverhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten vollziehen sich jetzt in allen Gegenden Deutschlands zumeist in friedlicher Weise.

Im Abgeordnetenhaus haben die Staatsdebatten am Donnerstag ihren Höhepunkt erreicht und ihren Abschluß gefunden. Mit allgemeiner Spannung wird das Auftreten des konservativen Führers v. Heubrand erwartet. Dr. v. Heubrand hielt nun zwar eine lange, aber keine wirkliche Rede. Er war auffallend matt, sprach so leise, daß manches seiner Worte auf der Tribüne verloren ging. Seinen Ausführungen fehlte es meist an der Schärfe und Wucht, die man sonst an ihm gewohnt ist. Eingehend beschäftigte sich der konservative Redner selbstverständlich mit den letzten Vorwürfen des Ministerpräsidenten gegen die konservative Partei im Reichstage. Heubrand wiederholte alle die Vorwürfe, die sein Fraktionsgenosse v. Windler gegen die Regierung erhoben hatte, aber sie klangen in der Form doch sehr verblüffter, zurückhaltender, gemäßigter. Am Regierungstische saßen die Minister verlegen und unentschlössen, wer reden sollte, denn der Reichsanwalt war noch nicht im Hause erschienen. Nur sein Staatssekretär machte eifrige Aufzeichnungen bei Heubrands Vorwürfen. Im Hause fragte man sich: was beabsichtigt der konservative Führer? Soll das hier die Fortsetzung und Verstärkung des im Herrenhause markiert gestützten Gesichtes sein? Die Antwort auf die Fragen lautet verschieden. Aber man zweifelt am Erfolg der Konservativen, denn man weiß, daß der Reichsanwalt nach wie vor das Vertrauen des Kaisers besitzt, daß er dem Kaiser immer angenehmer und bequemer wird. Man weiß, daß der Kaiser ihm erst kürzlich nach dem Ministerpräsidenten des Reichstages lächelnden Gesichtes zu dem Vertrauensvotum gratuliert hat. Inzwischen wird bekannt, daß der Reichsanwalt in Potsdam zum Vortrag beim Kaiser weilte und bereits auf dem Weg zum Abgeordnetenhaus ist. Der Abg. Bell (Str.), der dann sprach, verglich die Rede Heubrands mit einem Gewittersturm. Er betonte, daß mit den Steuern nun Schluß gemacht werden müsse; so wie bisher könne es nicht weitergehen. Die Gründe, die vom Regierungstisch gestern wieder für die unparteiische Vernetzung der Verwaltungsstellen angeführt wurden, wies Abg. Dr. Bell dann als Ausbreitung juristisch appellierter nachmalig an das Verantwortlichkeitsgefühl der Minister. Seine Rede schloß mit einigen Bemerkungen zum Roberner Fall, die

in der Fortsetzung erschienen, daß unbedingt Klage gestellt werden müsse, daß die von Oberst Reuter angeordnete Kabinettsorder von 1820 in Preußen keine Geltung mehr hat. Nachdem dann noch der Abg. Schiffer (nill.) gesprochen, nahm der inzwischen im Saal erschienenen Ministerpräsident das Wort. Geraden auffallend mecht sein heutiges Auftreten von dem am Dienstag ab. Was er dann sagte, überraschte nicht, wohl aber, wie er es sagte. Das war nicht mehr das entschiedene Auftreten gegen die Konservativen vom Dienstag. Im Gegenteil: an der Stelle des starken Mannes sah man den besänftigenden lebenden Diplomaten. Aus seiner Stimmung lag es jetzt wie ein Flehen um maßvolle Behandlung. Es fehlt zwar in parlamentarischen Kreisen nicht an Stimmen, die die Unklarheit im Auftreten Herrn v. Bethmanns in einer Enttäuschung des Herrn v. Bethmann finden zu sollen glauben. Diese Kreise haben den Eindruck, als wenn Herr v. Bethmann von seinem Auftreten am Dienstag ein Einlenken der Konservativen erwartet hat. Diese Erwartung ist allerdings durch die Rede des Herrn v. Heubrand schwer enttäuscht worden. Ob und welche Folgen für unsere innere Politik der gestrige Tag haben wird, das wird man nun tun abwarten. Eine Abmilderung der augenblicklich immerhin kritischen Situation hat er nicht gebracht.

In der Subkommission des Reichstages gab es am Donnerstag eine lebhafte Auseinandersetzung über die Anforderung eines Reichsbeitrages zu den Olympischen Spielen in Paris 1916 im Betrage von 200000 Mark. Der Vertreter des Zentrums möchte diese Unterstützung des Sports den Eingipfanten zuweisen, der Vertreter der Sozialdemokratie rühnte das Torpeden der Regierung gegen die Arbeiterpartei. Schließlich wurde die Forderung mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Sozialisten abgelehnt. — Bei der Diskussion für die Einführung des Kalenders forderte die Sozialdemokratie die Übernahme des Kalenders auf das Reich. Unterstaatssekretär Richter befragte die übermäßige Verwertung der Kalender. Leider sei es ihm nicht gelungen, die Eingipfanten unter einen Hut zu bringen. An fiskalische Maßnahmen denke das Reichsamt des Innern nicht, sondern nur an die Sicherung der Kalenderrücklage. Die Regierung habe den Kalenderrücklage für Auslandspropaganda wies der Unterstaatssekretär als unzulässig zurück. Volkspartei, Nationalliberale, Zentrum und Konservativen beantragten die Erhöhung der Propagandabudgets für das Ausland um 200000 Mark zur Förderung der fremdsprachigen Gemischtheater. Die Beratung wurde nicht zu Ende geführt.

Keine weitere Fristverlängerung für die Vermögenserklärung. Dem schleunigen Antrag mehrerer Abgeordneter verschiedener Parteien auf eine Fristverlängerung gegenüber wird an unterrichteter Stelle mitgeteilt, daß unter den verbundenen Regierungen keine Neigung bestehe, in eine Fristverlängerung über den 31. Januar hinaus einzustimmen. Eine Verschiebung der Frist für die Erklärung um einen Monat hätte schließlich selbstverständlich auch eine Verdrängung der Eingänge aus dem Wehrbeitrag um denselben Zeitraum zur Folge. Der Reichs-Risiko wäre daher gezwungen, die für Zwecke der Wehrvorlage bisher aufgegebenen Schatzscheine in der Höhe von einigen hundert Millionen Mark um einen Monat länger zu verzinsen, wodurch dem Reiche eine sehr bedeutende Mehrausgabe entliehen würde.

Eine Novelle zum Rahmungsmitteleck ist bei der Reichsregierung seit längerer Zeit in Vorbereitung. Mit Rücksicht auf die Veränderlichkeit der in Frage kommenden Verhältnisse wird, wie wir in der Hoff. Ztg. lesen, eine Festlegung der an die einzelnen Lebensmittel zu stellenden Anforderungen durch ein Gesetz nicht für zweckmäßig erachtet, vielmehr in Aussicht genommen, hierfür die bewegliche Form von Verordnungen zu wählen, die für das ganze Reich gültig sind. Das Gesetz soll nun dem Bundesrat die Ermächtigung erteilen, beratige Verordnungen zu erlassen.

Der Herr Graf Ernst August von Braunschweig, der heute am Berliner Hofe seinen Antrittsbesuch macht, begrüßt die Nordd. Allg. Ztg. wie folgt: Wenige Monate sind nun verstrichen, seit dem Regierungsantritt Herzog Ernst August sich dem Bund der Braunschweiger angeschlossen hat, an der Spitze ihres Staats einen angenehmen Frieden zu sehen. Schon in dieser kurzen Zeit hat sich der junge Landesherz mit seiner hohen Gemahlin die Herzen des braunschweigischen Volkes erworben. Mit einem rücksichtlosen Verständnis der Treue gegen Kaiser und Reich hat er seinen Platz in der Reihe der deutschen Bundesfürsten eingenommen. Freundschaftliche Beziehungen und herzliche Wünsche grüßen den Gemahlin der einzigen Tochter Kaiser Wilhelms bei seinem Besuch in der Reichshauptstadt.

Dresden, 15. Jan. 1914. Kultusminister Wed hat nunmehr amtlich in der ersten Kammer im Namen des Gesamtministeriums erklärt, die Regierung sei aus allgemeinen und finanziellen Gesichtspunkten gegen die Gründung einer Universität in Dresden. — Kronprinz Georg vollendet heute sein 21. Lebensjahr. Er wird damit großjährig und tritt gemäß der Verfassung als Mitglied in die Erste Kammer der Ständeversammlung ein.

Katzenberg, 15. Jan. 1914. In der badischen Zweiten Kammer fand heute im Mittelpunkt die Generaldebatte über das Budget eine Rede des Ministers des Innern, Herrn v. Bodman, der, wenn auch nicht dem Wortlaut, doch dem Sinne nach, sehr gefällig gewordenen Worten von der „großartigen Bewegung der Sozialdemokratie“ feierlich zurücknahm. So verständig auch der Revisionist Kolb, der in der gestrigen Sitzung die sozialdemokratische Partei nachdrücklich gegen den Vorwurf, antinational zu sein, verwahrt, gesprochen habe, so möchte doch auch neue festgesetzt werden, daß die Sozialdemokratie eine heftigen Wertes Erscheinung sei. Weiter verurteilte der Redner, daß er mit der ganzen badischen Regierung den Großklub aufs entschiedenste ablehne. Aus der Reihe wirtschaftlicher Fragen, die Herr v. Bodman behandelte, sei die Stellung der badischen Regierung zu den künftigen Handelsverträgen hervorgehoben. Es sei selbstverständlich, sagte der Minister, daß die badische Regierung für die Fortführung der bisherigen Zollpolitik, die sich nach jeder Richtung hin bewährt habe, eintrete. An der Bewertung der Lebensmittel, die in freihändlerischen Ländern in gleichem Umfang wie in hochschutzzönerischen zu beobachten sei, seien die Fälle unzufällig, jedenfalls könne die Tatsache nicht bestritten werden, daß infolge der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse unter deutscher Pflanzland zahlungsunfähiger und leistungsunfähiger geworden sei, was auch andere Verfassungen, besonders der Arbeiterschaft, zugute käme. Als Vertreter der konservativen Fraktion sprach der frühere Ministerpräsident v. Sarnschbach. Bemerkenswert in seiner Rede war die Ablehnung der Männerkloster in Baden.

Ausland.

Da es der englischen Armee an Rekruten fehlt, hat das Kriegsamt sich entschlossen, sich zur Werbung von Rekruten für die reguläre Armee der Zeitungsanzeige zu bedienen. Die Londoner

Reitungen vom Konzertorgel einhändig sämtlich eine Anzeige, die eine ganze Seite einnimmt, in der zum Eintritt in das Orchester befohlen wird.

Japans Staatshaushalt. Der japanische Staatshaushalt macht 1400 Millionen Mark aus. Das Flottenprogramm ist einschließlich der im vorigen Jahre veranschlagten 13 Millionen für einen siebenjährigen Zeitraum auf 349 Millionen bemessen. Der Staatshaushalt sieht eine Wiedereinführung der Einkommensteuer und der Salzpreise vor. Unter den Politikern der Parteien ist eine stark verbreitete Agitation im Gange die Gewerbesteuer herabzumindern, die Verbrauchssteuer und den Reimportzoll abzuschaffen.

Aus Kirche und Schule.

Der 25. Gutsartliche Kongress in Bourges wird, wie nunmehr endgültig feststeht, in den Tagen vom 22. bis 26. Juli abgehalten werden.

Aus dem Nachbargebiete.

Hersfeld, 15. Jan. 1914. Im 68. Lebensjahre ist gestern Herr Gendarmerei-Wachmeister a. D. Schnaack an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Der Verstorbene war seit dem Jahre 1871 hier ansässig.

Bad Orb, 16. Jan. 1914. Wegen des Automobilunfalls, der während des letzten Wanderversammlungsjahres dem Gafel der Fliegerabteilung Major Siegert aus Wies in Birkstein zustieß, fand am Dienstag eine umfangreiche Gemeindeversammlung und ein eingehender Termin an Ort und Stelle des Unfalls statt; an dem Termin nahmen circa 40 Zeugen aus Birkstein, Wies, Worms, Darmstadt, Offenbach und Buchbach teil. Bekanntlich fuhr Major Siegert mit einem von der Firma Maier in Mainz leihens der Kreisverwaltung gemieteten Automobil auf der Straße nach dem Bahnhof Birkstein, wobei er das Gleis der Kleinbahn passieren mußte. In der Station rangierte zu dieser Zeit gerade ein Zug und fuhr einige Wagen nach dem Bahnübergang ab, den gerade das Auto passierte. Die Puffer der Wagen erfassten noch das Automobil und drückten es unter die Räder, die den Wagen völlig gebrauchsunfähig machten. Major Siegert und der Chauffeur hatten im letzten Augenblick noch die Reflexe geäußert, vom Wagen abzuspringen, so daß Wundenleiden nicht zu Schaden kamen. Nun liegt die Firma Maier gegen die Bahnverwaltung auf Schadenersatz in Höhe von 2800 Mark mit der Behauptung, die letztere hätte es an der nötigen Vorsicht fehlen lassen.

L. Krauss a. M., 15. Jan. 1914. Die erste Parzialabrechnung brachte einen Einnahmehinterlass, der die Gauvorstellungen weit hinter sich läßt. Die Einnahme beläuft sich auf rund 35000 M., bei der zweiten Aufführung, die zu normalen Preisen gegeben wurde, erzielte die Kasse mehr als 10000 M., ein Ergebnis, das für jede weitere Vorstellung als ein Gewinn angenommen werden kann. Für etwa 10 Aufführungen liegen schon Massendruckungen für Ratten vor. So wirken auch in finanzieller Beziehung der Wohlwunder und bringt dem Opernhaus Einnahmen, wie sie seit Jahren nicht da waren. — Nach dem heute erschienenen Verwaltungsbericht der vereinigten Stadt-Oper für das Geschäftsjahr 1912—1913 schließen Opern- und Schauspielhaus mit einem erheblichen Reibetrag ab. Dieser beträgt für die Oper 3300 452 M., für das Schauspielhaus 129 156,59 M., für die gemeinsame Verwaltung 106 463,76 M., zusammen 571 639,85 Mark. Die Gemeindegewinne betragen 1718 447,71 M., die Gesamtausgaben 2 288 087,57 Mark. Der Reibetrag wird durch die regelmäßigen Unterhaltungen und eine besondere städtische Subvention von 120000 Mark gedeckt. — In dem Holzwaren- und Juchelgeräth von Pleich in der Löbregasse brachen heute nacht Diebe ein und erbeuteten nach den bisherigen Feststellungen für etwa 30000 Mark Schmuckstücke. Die Täter sind zweifellos „Räuber“, da sie alle unedlen Sachen unbedacht ließen. Bis jetzt hat man von ihnen noch keine Spur. Pleich war gegen Einbruch versichert.

55. Haffel, 16. Jan. 1914. Das Schwurgericht verurteilte den 19 Jahre alten Bergarbeiter Willi Paake aus der Nähe von Eiseib wegen zweier vollendeter Diebstahls- und Straftaten zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus Thüringen, 15. Januar 1914. In Erfurt fiel der Schneider Julius Dummelrich aus Groß-Montra die heftigsten Ausgankskritiken eines Restaurants am Bahnhofsvorplatz hinab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und war sofort tot. — Zum Bau eines Schlachthauses in Sonneberg waren 250000 M. bewilligt worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß 180000 Mark nicht getraut wurden, die der Gemeinderat bewilligte. — Im Haus eines Landwirts in Schmiedhaußen ist eine mit Weizenstroh schwer beladene Stube durchgebrochen und hat ein Dienstmädchen dorthin, das den Tod fand. — Im Großherzogtum S. Weimar sollen die höheren Beamten in diesem Jahr zwei Tage Fastenübungen erhalten, weil Ostern so spät fällt. — Der Oberförster Spergel in Wasserberg stieß bei einem Gang durchs Revier auf einen Reiter, den er zur Strecke

brachte; er wurde aber dabei von dem wieder hochkommenden Reiter ziemlich schwer verletzt, so daß er zum Arzt gebracht werden mußte. — Die Schulleute in Oera (Reuß) erhalten für die Nacht Revolver und Taschenlampen. — Das Jugendgericht in Mühlhausen verurteilte ein zwölfjähriges Schulmädchen zu einem Jahr Gefängnis, weil es auf dem Friedhof Blumen von den Gräbern gehoben hatte, auch am Schalter des Postamts Geldbeutel aus den Taschen verschiedener Personen genommen hatte. — Der Fabrikführer Stöhr in Leipzig hat der Stadt Eisenach 88600 M. zu Wohlfahrtszwecken geschenkt.

3. Kienerspl., 15. Januar 1914. Durch unvorsichtliches Umgehen mit glühender Asche entstand in einem Hause am Tauminkel ein Brand, der so rasch um sich griff, daß die im ersten Stock wohnenden Leute auf Weitem in Sicherheit gebracht werden mußten. Obwohl die Räume im Erdgeschloß ausbrannten, gelang es doch, das Haus vor der Einstülpung zu bewahren.

h. Sassenheim, 15. Jan. 1914. Den ständesamtlichen Nachrichten zufolge gratulierte hier 1913 das Heiratstheater, daß sich in 22 Ehepaaren im Land tat. 1912 waren hier nur 22 Heiratstaten zu verzeichnen. Durch diese steigende Heiratstaten erhofft man dem Gebirgsrevier zu fröhern, der sich auch hier trotz rascher Bevölkerungszunahme sehr bemerkbar macht.

st. Hainichen, 15. Jan. 1914. Hauptmann a. D. Rech, der bisher bei der hiesigen Statormaltung tätig war, wurde zum Baurmeister und Architekt von Bad Grund im Harz gewählt.

h. Haffel, 16. Jan. 1914. Gelegentlich der Sulzbacher Reich medice ein dortiger Wittwe Frau mit einem harmlosen Rebenkranz. Die Frau aber verstand keinen Spaß, packte ihren Mann beim Krug, so ihn über den Tisch und brachte ihm mit einem Bierglas Reiben und einige Böcher bei. Wegen Körperverletzung hatte sich nun die schlagfertige Gattin vor dem Richter Schöffengericht zu verantworten. Da aber weder das Haupt des Mannes, noch der eheliche Frieden des Paares durch den „Spaß“ dauernden Schaden erlitten hat, so wurde die Verurteilung des jarten Geschlechts mit nur 50 M. bestraft.

Ullingen, 15. Jan. 1914. Durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß wurde in den Quarzwerken von Hainichen der Arbeiter Kallinger sofort erschossen und der Arbeiter Bahl erhebt Verleumdung hinterläßt eine Witwe mit drei kleinen Kindern.

Heiligenstadt, 15. Jan. 1914. Gestern brach in der Warenlager der großen Kolonialwarenfirma J. G. Stroder Feuer aus. Unter mächtigen Detonationen explodierten Petroleum- und Benzintanks. Der Feuerwehrgelung gelang es den Brand zu lokalisieren. In dem Vorderhaus befindet sich die Kasse, deren Geldscheine, Dokumente und Bücher in Sicherheit gebracht wurden. Die große Warenlager mit bedeutenden Vorräten an Kolonialwaren aller Art, Öl, Wein usw. ist vom Feuer völlig vernichtet. Ein wertvolles Baus, das in eine neben der Niederlage befindlichen Stelle sich befand, erlitt. Der Schaden dürfte sich auf annähernd 100000 Mark belaufen; er ist durch Versicherung gedeckt.

Der moderne Raubtier.

Frankfurt, 15. Jan. 1914. Zu Beginn der heutigen Sitzung wendete sich die Verhandlung der Erörterung des Nordversuches an der Mutter des Angeklagten zu. Eine Zeugin, Frau Köhl, bekundete, daß die aliv Frau Hops ihren Sohn auf den Pflichten habe setzen wollen. In dieser Hinsicht könne man vielleicht das Motiv zu dem Nordversuch an der Mutter suchen. Es wird dann der Nordversuch Hops an seiner dritten Frau, Wally Siniz aus Dresden, besprochen. Die Frau hatte Hops durch eine Heiratsannonce kennen gelernt. Bald nach der Hochzeit übergab Hops seiner Frau ein Testament, durch das er seine Gattin als alleinige Erbin einsetzte. Dieses Testament war jedoch unglücklich, da es mit der Schreibmaschine geschrieben war. Die Zeugin Siniz bekundete weiter, daß der Angeklagte ihr eines Tages einen Schein vorlegte, den sie unterschreiben sollte und in dem beantragt wurde, daß ihre Leiche im Falle ihres Ablebens eingestrichelt werden sollte. Frau Siniz hat jedoch die Unterfertigung abgelehnt und sich auch auf die Vorlesung des Angeklagten, eine Lebensversicherung über 40000 Mark einzugehen, nicht eingelassen. Später sei sie nichtiglich geworden, habe eines Tages den Schriftstück des Angeklagten durchsucht und dabei Schriftstücke gefunden, aus denen hervorging, daß Hops bereits mehrere Male verheiratet gewesen sei. Es sei dann zwischen ihr und ihrem Mann zu einer Auseinandersetzung gekommen, wobei sie sich sehr aufgeregt habe. Hops habe darauf einen Tee bereitet, nach dessen Genuß ihr übel gemorden sei. Sie habe dann ihrem Mann ins Gesicht gesagt, daß er ihr etwas in den Tee zugegeben habe. Hops erwiderte darauf, daß sie sich in der Einbildung, sei sie nur so aufgeregt und werde sich schon wieder erholen. Er wolle ihr zur Verhütung ein Glas Wein geben, da sie aber glaube, daß er Gift hineingegeben, wolle er von dem Wein vor ihren Augen etwas trinken, was er dann auch tat. Eines Tages, als Hops seiner Frau Vorwürfe machte, daß sie seinen verheirateten Charakter durch-

juch habe und ihr sogar drohte, sie wegen Einbruchs anzuzeigen, habe sie ihm erwidert, wenn solle er auch nur gleich mit zur Polizei kommen, sie werde ihn dort wegen Nordversuchs anzeigen. Darauf erklärte er, wenn sie ihn der Staatsanwaltschaft anzeige, würde er Gift nehmen. Nachdem noch verschiedene Briefe Hops an ein Wiener medizinisches Institut verlesen worden waren, in denen der Angeklagte um Aufhebung von Typhus- und Choleraabgaben ersuchte, gab der Kugelschlag auf Fragen des Vorsitzenden die Erklärung ab, daß er es nicht befreiten wolle, die Absicht gehabt zu haben, seine Frau Wally durch Gift zu töten. Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung vertagt.

Dermisches.

Beim Schlittschuhlaufen erkrankt in München i. B. ein Musikant. Er hatte sich auf die nur ein Zentimeter dicke Eisschicht des Stadens gewagt und war einatmend. Im Wasser erlitt er einen Herzschlag und erkrankte.

Opfer des Eises. In Mexi an der Rieselbrache beim Eislaufen auf der Riesel fünf Schulknaben ein. Ein Versuch, die Kinder vom Eise aus mit Stangen zu retten, mißlang. Ein Winter ging unter einer Lebensdauer ins Wasser und konnte die Knochen retten. Als er den bierden Knochen benutzt aus Sand brachte, erkannte er, daß es sein eigenes Kind war, das er getötet hatte. — In Hamburg an der Riesel wurde ein Mädchen im Alter von 10 Jahren beim Robelen von einem anderen Schlitten überfahren und starb bald darauf.

Ein gefährlicher Straßenräuber. Das Schwurgericht in Regensburg verurteilte den Fischelmer Straßenräuber August Brod aus Regensburg zu zwölf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Verbrecher hat sich schon Unterfuchlungen von Verführung und Gemeinlichkeitsdelikten zu schulden kommen lassen. Wegen Raubdiebstahls in Dortmund, Hamm, Bielefeld und Düsseldorf ist er mit sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit einem anderen Verbrecher hatte Brod Raubfahrten bestanden. Um in den Kirchen nicht ohne weiteres aufzufallen, trug er immer einen Korb an der Hand, in dem er evangelisch war. Bei dem Diebstahl in Hildesheim, der, wie wir kürzlich berichteten, zu seiner Verurteilung führte, wußte Brod nur Schreckschüsse abzugeben. Der als Zeuge vernommene Pfarrer Dr. Wahlen und der Richter Janßen dagegen erklärten, daß die Schüsse aus 20 Meter Entfernung abgegeben worden seien.

Ein glücklicher Traum. In Fürth (Bayern) hat eine 70jährige arme Zeitungsträgerin, der es von einem großen Lotteriegewinn geträumt hatte, gleich darauf und zum ersten Male in ihrem Leben ein Los gespielt, und zwar ein Anteil der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Das Los wurde mit 50000 Mark gezogen; auch die anderen Teilnehmer an dem Glücksspiel sind durchwegs kleine Leute.

Die Raubtierjagd in Steiermark. Auf Veranlassung der Statthalterei von Steiermark fand eine amtliche Besprechung über die Bauernschäuber statt. Es wurde festgesetzt, daß das große Raubtier noch immer in den dichten Wäldern freud und dort häufig Rehe und Hirche anreißt. Die Hoffnung, es werde mit Eintritt des Winters mehr in die Niederungen herabkommen, hat sich als trügerisch erwiesen. Bei dem jetzigen meterhohen Schnee ist aber an eine wirksame Verfolgung des Löwen — um einen solchen handelt es sich nach der allgemeinen Ueberzeugung — nicht zu denken. Darum beschloß man, stattdessen zunächst von einer weiteren Raub abzuweichen und diese den Inhabern der großen Reviere zu überlassen, in denen sich das Tier seit mehreren Wochen ausschließlich aufhält. Sollte bis zum Eintritt der Schneeschmelze das Raubtier noch nicht erlegt oder an den schreienden Sträußchenfäden zuregen genossen sein, so behält sich der Statthalter vor, im Einverständnis mit dem steiermärkischen Raubtierverein eine neue amtliche Raubtierjagd anzuordnen.

Vermisste Fischdampfer. Der Bremerhavener Fischdampfer „Lion“, der Reederei Joh. Dieting gehörend, der am 16. Dezember v. J. den Gesteinsküsten der Inseln verlassen hatte, ist nunmehr als verlohren. Er hatte eine Besatzung von 13 Mann und machte erst die dritte Meile. — Die Fischdampfer „Dachs“ und „Forelle“ sind ebenfalls überfällig und haben sich jedenfalls im Polarsee verlohren.

Der Turm von Pisa. Eine Kommission von Ingenieuren, an deren Spitze der Generaldirektor der Schönen Künste, Komm. Ricci, hat neuerdings den schiefen Turm in Pisa einer genauen Untersuchung unterzogen. Die Kommission hat konstatiert, daß der Turm dem Einsturz nahe ist und daß sofortige Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen werden müssen, falls der berühmte Turm nicht das Schicksal des Markatturmes in Venedig treffen.

Gegen den Tanga. Aus Rom wird gemeldet: Kardinal-Bischof Bomplil unterlegte durch ein Rundschreiben an die römische Bistumsämter den Rath-

weisen den Tanga-Tang. — Auch italienische Bischöfe sind bereits gegen den Tanga vorgegangen.

Neue Erdbeben in Japan.

Aus Kamamoto wird gemeldet: Mittwoch abend haben die vulkanischen Ausbrüche und Erderschütterungen in gleich heftiger Weise wie früher wieder begonnen. Auch ist zu allem Unglück noch eine Futuwellen aufgetreten.

Nach einer weiteren Depesche aus Kamamoto sind im Erdbebengebiet mehrere Kilometer Eisenbahndammungen zerstört worden. 18000 Häuser sind verlohren. Der erste Fluchtling aus Kamamoto ist in Tokio eingetroffen. Die unterirdischen Geräusche und Ausbrüche begannen, so berichtet er, am 10. Januar. Am 12. Januar erfolgte ein Ausbruch des Sakurajima. Die erste Bevölkerung für die Insel und suchte nach Brot und anderen Nahrungsmitteln, um sich zu retten. Die Bewohner des Festlandes suchten alle verfügbaren Boote hinüber, um den Unglücklichen zu Hilfe zu kommen. Da aber die Zahl der ankommenden Schiffe nicht ausreichte, machten viele Leute den Versuch, das Festland schwimmend zu erreichen. Die meisten ertranken. Aus drei Eralten des Tanga löbten kommen bis zu einer Höhe von 1000 Meter auf. Gleichzeitig brach Rauch aus dem Berge hervor. Es folgte ein Ausbruch von glühenden Steinen. Es ist nicht zu beschreiben, wie schrecklich und trocken wie großartig die von Kamamoto aus herabfallenden Ausbrüche waren. Der Donner war lauter als der der Bombardementen von Fort Arthur. Kamamoto blieb einem Schicksal. Die Häuser sind durch Erdbeben oder durch die Erdbeben zerstört. Sonderzüge führen ab, um die Bewohner von der Insel zu retten. Da nicht alle Leute weg kommen, kommen sie sich diese an die Wände; ich selbst mußte so bis Oitonochi reisen. Es ist vollkommen unmöglich, die Zahl der Toten festzustellen.

Tafel, 15. Jan. 1914. Die Zahl der infolge des Vulkanausbruchs auf der Insel Sakurajima Vermissten wird jetzt auf 7000 angegeben. Alle fremden Missionare sind in Sicherheit, die Nahrungsmittel sind knapp.

Letzte Nachrichten.

Wb. Friedrichshagen, 16. Jan. 1914 (Tel.) Der Aufsichtshaus Reppin stellt für 200000 Mark eine eigene Wasserhofsabrik auf.

Wb. Mühlhausen, 16. Jan. 1914. (Tel.) Bei der auf heute vormittag vor der Straßammer anberaumten Urteilsverkündung in dem bekannten „Mittler“-Prozess gegen den Redaktör der „Oberelb. Landeszeit.“ Hübly wegen Verleumdung hat das Gericht auf Freispruch erkannt, indem es annahm, daß der Angeklagte im guten Glauben handelte.

W. Leipzig, 16. Jan. 1914 (Tel.) Das Militär-Luftschiff B. 6 ist heute früh 4 45 Minuten unter Führung des Hauptmanns Matius aufgetrieben. Es ist eine 16stündige Dauerfahrt beabsichtigt. An Bord befindet sich die Abnahme-Kommission.

H. Salona, 16. Jan. 1914. (Tel.) Das Rotkreuz-Ordnung in Salona hat den türkischen Offizier Behr Effendi und seine Gefolgsen, die einst mit dem Dampfer „Meran“ dort eingetroffen sind, zum Tode verurteilt. Das Vennadignus-Recht steht der internationalen Kontroll-Kommission zu.

H. Barcelona, 16. Jan. 1914. (Tel.) In ganz Katalonien ist gestern zum erstenmal seit 27 Jahren ein heftiger Schneefall niedergegangen. Das Thermometer zeigt 4 Grad unter Null.

W. Kapstadt, 15. Januar 1914. Die Meldungen der Korrespondenten des Meuterischen Bureau aus dem Streikgebiet in Südafrika ergeben ohne Unterschied, daß der Streik im Abblauen begriffen ist und die Leute die Arbeit wieder aufnehmen.

W. New-York, 16. Jan. 1914. Der starken Kälte fielen hier in den letzten 24 Stunden 21 Personen zum Opfer.

Wettervorhersage

Am Samstag, den 17. Januar 1914:
Wiederaufbruch des Frostes.
Temperatur: Höchstes gestern mittag 19°
—5° Celsius, niedrigste: —17,5° Celsius.
Barometerstand: Heute mittag 18 Uhr: 741 mm
gestern 741 mm

Verantwortlicher Redakteur: R. Schütte;
für die Anzeigen: J. Borseller in Fulda.



Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radolm, für alle, welche Haut und Kleidung schonen, ist Stück 50 Pf. überall zu haben.

Knabenpenlonat Goetheschule, O fenbach a. M.
Privat-Real- und Handelsschule erteilt Einjähr. Zeugnis. Gute Verpflegung und Aufsicht. Sorgfält. Überwachung der Schularbeiten. Grosser Garten. Neubau mit Zentralheizung, elektrisches Licht. Nächtiger Pensionpreis. Prospekte durch die Direktion.

Freitag, den 16. Januar cr., nachmittags 5 Uhr findet im kleinen Saale der „Harmonie“ die ordentliche, jährliche

General-Versammlung des kathol. Kirchenbauvereins Fulda

statt.
Zu derselben werden die verehrlichen Mitglieder des Vereins — Herren und Damen — höflichst eingeladen.
TAGES-ORDNUNG:
Jahresbericht und Vorlage der Rechnung.
Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes.
Vorlage der Zeichnungen und Pläne von 2 Projekten für den Bau der St. Sturmskirche und Erläuterung derselben durch Herrn Architekten Mahr.
Besprechung von Vereinsangelegenheiten. [205
Namens des Vorstandes: Joseph Schmitt.

Joseph Ney, Fulda, Schleiferei und Stahlwarenhandlung:
Kanalstraße 68, gegenüber dem Schirmhaus Schulz
empfehlen zu billigen Preisen 7835
vorzügl. Stahlwaren. Schleifen v. Rasiermessern u. Scheren, Haarschneidmaschinen, Pferdescheren, Wolfmesser, Messer aller Art und aller Instrumente auf Spezial-Maschinen.
Spezialität: Schleifen von Rasiermessern.

Inventur-Ausverkauf

Sämtliche Wollwaren mit

20% Preis-Ermässigung!

Wilhelm Stöhr, Fulda

Friedrichstr. 3 Inh. Arthur Ammann Pfandhausstr. 4

Während des Ausverkaufs Eingang nur Friedrichstrasse 3.

Ein bess. möbl. Zimmer

mögl. mit separatem Schlafzimmer per 1. Februar zu mieten gesucht. Offerten unter Nr. 310 befördert die Reichs-Anstalt.

2-3 Zimmer-Wohnung

zu vermiet. (311) Mittelstr. 19.

Georgstraße sind mehrere schöne 2 Zimmer-Wohnungen mit großer Küche und Gartenanteil zu vermieten. Nähere Auskunft Petersbergerstraße 42 und 64/65 Zimmer 12. 300

Zu vermieten im Zentrum freundlich möbliert. Zimmer, separat gelegen. Anfragen unter Nr. 295 an die Anstalt.

Leeres Zimmer

ev. mit Kammer an einzelne Person in bestem Hause zu vermieten. Näheres in der Reichs-Anstalt der Fulda. Nr. 1298

Bei erhaltenem Ueberzieher 100% Paiz zu vermieten. (306) Petersbergerstraße 47 II.

Jagd-Verpackung.

Die Jagdverpackung in dem Jagdbezirk Weiers von 17 Delta Grundstücken mit Wald und Wiesen, den 28. Januar d. J., vormittags 11 Uhr in der Wohnung des Bürgermeisters öffentlich meistbietend veräußert. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht. 255

Gräulein, 20 Jahre alt, welche bürgerlich kochen kann und auch Hausarbeit übernimmt, sucht in gut kath. Stellung. Gef. Familien. Offerten unter 261 an die Geschäftsst. d. B. B. B.

Jüngeres, ordentliches **Mädchen** gesucht. 305
Schweinemarkt 17,

Suche für die Vormittagsstunden ein **junges Mädchen** zu einem Kinde. 285
D. Birk, Bahnhofstraße 18.

Suche per 1. Februar ein fleiß. **Mädchen** vom Lande. 309
Fr. G. Schlicher, Fulda Marktstraße 13.

Fleiss., sa. b. Mädchen gesucht. (274) Wobberstr. 3.

Gesucht ein ordentl. und tücht. **Mädchen** für Küche und Haus. (295)
Frau Konrad Wein, Lindenstraße 11.

Tüchtiges Mädchen, welches selbständig kochen kann, gesucht. (223)
Gasthaus zum gold. Rad.

Küchenmädchen gesucht. 281
Gasthaus zum gold. Rad.

Kath. Mädchen für alle Hausarbeiten bei Familienanstellung auf sofort oder später gesucht. (251)
Frau Gottfried Kehl, Fuisburg-Anhört, (Hörsing) Austraße 30.

Junger tüchtiger Kontorist, der alle Büro-Arbeiten rasch und zuverlässig ausführen kann, wird für sofort oder 1. Januar gesucht. Ausführl. Bewerbungsschreib. mit Angabe der wirklichen Kenntnisse, Gehaltsansprüche, Zeugnisabdr. unt. 7432 a. d. Exp. erb.

Ein Herr, gleich wo wohnhaft, sucht sofort gesucht, Verrentung 200 Mk. n. M. ob. hohe Pension. A. Klock & Co., Hamburg. 258

Junger Schreiber mit guter Handschrift, der an Flottis, sicheres Arbeiten gewöhnt ist, auf Geschäftsbüro für sofort gesucht. Ausführl. Bewerbungsschreib. mit Angabe der Gehaltsanspr., Zeugnisabdr. u. 141 an d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Diesiges Engros-Geschäft sucht zu Ditten einen **Lehrling** mit guter Schulbildung, Selbstgelehr. Offert. u. Nr. 263 an die Expedition.

Suche sofort oder auf Ostern für mein Installations- u. Wasserleitungsbaugeschäft einen **Lehrling.** Ernst Eiserl.

Zum 1. März tücht., verheirat. **Schweizer** gesucht der mit einigen Leuten 40-50 Stück Hindweh besorgt. (254)

Oberammann Kersien, Domäne Maberzell.

Einladung zu dem am Sonntag, den 18. Januar er. im Restaurant „Hohenzollern“ stattfindenden **Tanz-Vergnügen.** Anfang 4 Uhr. Gaandhen-Jucht-Verein „Einigkeit“.

Vaterländischer Frauenverein, Fulda. Die für Freitag den 16. d. Mts. bestimmte **Mitglieder-Versammlung** hat auf Freitag den 23. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, verlegt werden müssen. Wir laden zu diesem anderweitigen Termin in den kleinen Saal des Bürgervereins freundlich ein. Fulda, den 13. Januar 1914. Die Vorsitzende: Rebekka Frein von Hammerstein. Der Schriftführer: Köbler.

Krieger-Verein Fulda. Samstag, den 17. Januar **Haupt-Versammlung** im Vereinslokal. Damit verbunden die Ueberreichung der Ehrenurkunde an den Herrn Ehrenvorsitzenden. **Konners.** Orden und Ehrenzeichen anlegen! Um recht zahlreiche Beteiligung werden die Kameraden ersucht. (302) Der Vorstand.

Turgemeinde Fulda. General-Versammlung Samstag, den 17. Januar im Gasthaus „Zur Traube“ Tages-Ordnung: Jahresbericht, Rechnungsablage, Vorstandswahl. Anträge müssen 14 Tage vorher beim Vorstand schriftlich eingereicht werden. Unser diesjähriger **Großer Maskenball** findet Samstag, den 7. Februar in den Stadt-Sälen statt. (75)

Vereinskafender Fulda. Kath. Gesellen-Verein. Heute, Freitag, den 16. d. Mts., 8 1/2 Uhr religiöser Vortrag. Sonntag, den 18. d. Mts., morgens 8 1/2 Uhr gemeinschaftliche hl. Kommunion in der Stadtpfarrkirche. — Wähe unter der Kanzel. — Für die Mitglieder der eucharistisch-Abteilung ist der Besuch des Vortrages und die Beteiligung an der Kommunion verpflichtend. D. Präses.

Christlicher Metallarbeiter-Verein. Verwaltungsstelle Fulda. Unsere Mitglieder werden ersucht, sich am heute Freitag, den 16. d. Mts., nachmittags 8 1/2 Uhr bei dem Pförtner des Seminars, D. Vorstand.

Kath. Weiber- u. Männerverein. Zur Befestigung des Bismarckdenkmals und des Bismarckdenkmals versammeln sich die vereid. Mitglieder Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 8 1/2 Uhr bei dem Pförtner des Seminars, D. Vorstand.

Strebekasse „Leo“ für Kath. Vereine. Die Mitglieder der hiesigen Kasse werden an die Beitragszahlung der vierteljährlichen Beiträge erinnert. Dieselben müssen bis zum 31. Jan. entrichtet sein. Der Kassierer: Rud. Schreiber.

Gardeverein Fulda. In diesem Jahre bilden: 1. Bismarck-Alexander-Garde-Regiment Nr. 1, 2. Das Kaiser Franz-Garde-Regiment Nr. 2 auf eine Jahreshauptparade ihres Bestehens zurück. Am die er Feier einen edlen patriotischen Blick zu verleiht, legen die Regimenter großen Wert darauf, mögl. alle ehemaligen Angehörigen der die Feier anwesend zu haben. Die Feier findet statt: Beim Regiment Alexander am 15., 16. u. 18. August. Beim Regiment Franz am 17., 18. u. 19. August. Alle ehemaligen Angehörigen der genannten Regimenter werden ersucht, sich am Sonntag, den 18. Jan. 1914, mittags 2 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“ in Fulda zu einer Besprechung, Wahl eines Vorstandes, Bildung einer Komitologie usw. einzufinden. Zahlreiches Erscheinen ist Ehrensache. Mit kameradschaftl. Gruß G. Schneider, (304) Vorsitzender des Gardevereins Fulda.

Limburger Käse jeder Stein 50 Pfg. solange Vorrat reicht. (261) **Gerhard Wiegand,** Mittelstraße 1.

Echte Kieler Wüdlinge in schöner, fetter Ware frisch eingetroffen. Ferner neue Sardinen, Kollmüpf, Gismarckheringe, täglich frische, selbstmaximierte Heringe in pilanter Mahnfazze empfiehlt. 5905 **Herm. Brandenstein,** Gendarmenmarkt 11, Telephon 395.

Spielpläne auswärt. Theater. Sch. = Schachspiel, u. = Kuchspiel, O. = Oper, Op. = Operette, Edm. = Schachspiel, Königl. Theater zu Wiesbaden. 19. Jan. „Die Stützen der Gesellschaft“ (Sch.). 20. „Madame de Mantes“ (O.). 21. „Madame de Mantes“ (O.). 22. „André“ (O.). 27. „Die Adligen von Saba“ (O.).

Inventur-Ausverkauf.

Die einzigartigen Vorteile meines Inventur-Ausverkaufes werden Sie zu den **nützlichsten Einkäufen** veranlassen. Orientieren Sie sich deshalb ohne jede Verbindlichkeit in meinem Geschäft. Der Ausverkauf bietet Ihnen die **besten reellsten Waren** weit unter dem richtigen Wert.

Der Unterschied

zwischen den früheren und jetzigen Preisen, die deutlich an allen Waren vermerkt sind, überzeugt Sie von der **aussergewöhnlichen Preisermässigung.**

Wilhelm Stöhr = Fulda

Inhaber Arthur Ammann. Friedrichstrasse 3, Pfandhausstrasse 4.

Vertreter gesucht (256) von alter, leistungsfähiger, zum Teil schon eingeführter Kohlenbrennerei für Fulda und Umgegend. Hohe Provision und rege mündige Unterstützung durch einen Reisenden werden zugesichert. Nur Herren, die bei der einschlägigen Rundschaft eingeführt sind, wollen sich melden u. 9999 Gaandenstein & Pögl, A. G., Nordhausen a. S.

Bachrain. Blas- und Streichorchester. Sonntag, den 18. Januar 1914 **Geburtstagsfeier Sr. M. des Kaisers** verbunden mit Verlosung und Tanz. Anfang 4 Uhr. Der Vorstand.

Grahambröt, Zucker u. Magerweizen. In haben bei **Konrad Ballmaier** (6634) Severigasse 2, Fulda.

Einmaliges Angebot

in Offenbacher Lederwaren!

Damentaschen	Serie 1	Serie 2	Serie 3
	95 ^h	168 ^h	198 ^h
hierunter Taschen bis 1.50 ^h hier Taschen b. 3.00 hier Taschen b. 4.00 ^h			
Portemonnaies	Serie 1	Serie 2	Serie 3
	38 ^h	48 ^h	95 ^h
für Herren und Damen			

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster!

Brantleute, Wirte, Vereine und Wiederverkäufer erhalten Extra-Preise. 307

Bazar S. Fürst, Fulda

Buttermarkt 17. Telephon 370.

Ordnlicher Hausburche sofort gesucht. 299
Buttlarstraße 1 a

Hygien. Erstlingswäsche in einfacher und feiner Ausführung wie:
Hemdchen, Jackchen, Einlagedecken, Windeln, Wickeltücher und -Bänder, Gamml-Unterlagen
Küchen, Tragkleidchen, Steckklissen, Leifchen, Lätzchen etc. Komplette Kinderbetten sowie Stoffe zur Selbstanfertigung in grosser Auswahl, kaufen Sie vorteilhaft bei (6124) **Wilh. Hess, Fulda** Steinweg 16.

Schuhputz Nigrin gibt wasserabweisenden Hochglanz **Freibank.** Samstag von morgens 8 Uhr ab mitbewertertes Plakettchen à 50 Pfg., gelbes Plakettchen à 60 Pfg., Plakettchen à 60 Pfg., Plakettchen à 60 Pfg., Plakettchen à 60 Pfg., Plakettchen à 60 Pfg. (308)

Die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden.

Die Durchführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden begegnet zurzeit erheblichen Schwierigkeiten, weil die neuen Bestimmungen noch wenig bekannt sind...

Soziales.

Sulda, 16. Januar 1914.

Der Landesausschuß wird außer der zumeist stattfindenden im Jahre 1914 noch folgende Sitzungen halten: am 7. März, 27. April, 22. Juni, 21. September, 23. November.

Der Haushaltungssplan der Stadt Sulda für 1914 ist in seinem Entwurfe zurzeit zur Ansicht der Gemeindevorstände im Stadtschreiberei ausgelegt...

In Sachen des Kanalbeitrages werden die städtischen Körperschaften am kommenden Montag einen neuen Beschluß fassen müssen...

Kleines Feuilleton.

Von den Eiden. Am Sonntag wird im Schloß zu Berlin das Krönungs- und Ordensfest abgehalten, von dem im Soziale nahe an 6000 Eiden und Auszeichnungen in die Welt hinausgeschleudert sind...

Kanalbenutzungsgebühr vom 29. April d. J. Die Genehmigung verlangt worden war. Mit Rücksicht darauf, daß der vom Bezirksausschuß unter dem 26. Juni d. J. genehmigte Beschluß über die Erhebung einer Gebühr im Rechnungsjahr 1913 nur ein Provisorium darstelle...

Der künftige Schulrat. Im verflossenen Jahre wurden 2 Rektorin, 26 Lehrer, 4 Lehrerinnen und 1 technischer Lehrerin aus dem Schuldienste des Reg. Bez. Rassel entlassen...

Die militärische Feier des Kaisergeburtstages wird sich nach dem mit vorliegendem Garnison-Befehl am kommenden 27. Januar in der üblichen Form abspielen.

Ein Jubiläum der Arbeit ist der Vorkloster v. D. d. Er feiert heute sein 40-jähriges Bestehen in der höchsten Ehrenhöhe...

Der tolle Reifende. Ein junger Mann, der von einer großen Firma in Manchester als Geschäftsführender engagiert wurde, erhielt von den Chefs einen Brief, daß der große Fehler seines Vorgängers Mangel an Laft gewesen sei...

Amt Geisa und Umgebung.

Bad, 16. Jan. 1914. Dem Obersten v. Neuter, der die unvollständigen Bürger von Habern (damunter Staatsanwaltschaft und Amtsgericht) zur Strecke bringen lassen wollte...

Dem Stimmlich im Rathgeber zu Bad. Oberkirch, Baden, den 12. 1. 1914. Herrlichen Dank an den freundlichen Glückwunsch und Gruß...

Herrn Oberst muß mit seinem Erholungsurlaub nicht anzufangen wissen, daß er Zeit für solche langatmige Karrieren an der weitbedeutenden Stimmlich in Bad hat...

hlichen. Auch er wurde in der herkömmlichen Weise geacht. Die Aufnahme der Zigarettenplage. Seit dem Wende des Jörckes Romanns im Kreise Sulda, den der Zigaretten Ender vollführte...

Der Zuberfisch. In einem Aufsatze des 'Landbote', Wochenbeilage des Wiesbadener Tageblatts, werden interessante Angaben über den sogenannten Zuberfisch gemacht...

Reiterlicher Auftrag für die heftige Leinenindustrie. Die Reiterin hat im Interesse der heftigen Leinenindustrie angeordnet, daß der größte Teil der Baby-Industrie für die Herstellung von Brauchgegenständen dem Vaterländischen Frauenverein zu Rassel zur Beschaffung übertragen wird...

Zur Verhütung von Unglücksfällen beim Turnen weist der preussische Kultusminister in einer neuen Verfügung darauf hin, daß das Abwärtsklettern an den Klettertoren oder Klettertasten nicht zu dulden sei...

Die Sulda ist in der Nähe der Stadt, namentlich am Kolonnen, völlig angezogen. Für den Schiffsverkehr ist die Einfahrt allerdings nicht sonderlich geeignet...

Auf der Eisenbahn im Schloßgarten drückte gestern mittag der Unterpremierer des lgl. Gymnasiums B. das Bein. Er wurde im Automobil in die elterliche Wohnung gebracht.

Ein Schandener brach heute vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause des Schneidermeisters Ostreich in der Pfandhausstraße auf. Die Balken in der Nähe des Ofens waren in Brand geraten...

Aus Oberheffen u. den heff. Neutern.

Airshain, 14. Jan. 1914. In dem getriebenen Viehmarkt waren aufgeführt: 26 Stüd Großvieh, 14 Küber und 475 Schweine...

Kranlenberg, 15. Jan. 1914. Die sehr umfangreiche Unterführungsarbeiten an der hiesigen Bahnhöfe, welche bis zum Mai d. J. beendet sein sollen...

Tringa, 16. Jan. 1914. Der Wälder Schäfer aus Weinsberg brachte gestern einen schwer beladenen Wagen hierher. In der Bahnhofstraße scheiterte die Pse. vor einem Schwellen, wobei der alte Sch. unter den Wagen fiel...

Aus Oberheffen u. den heff. Neutern.

Airshain, 14. Jan. 1914. In dem getriebenen Viehmarkt waren aufgeführt: 26 Stüd Großvieh, 14 Küber und 475 Schweine...

Kranlenberg, 15. Jan. 1914. Die sehr umfangreiche Unterführungsarbeiten an der hiesigen Bahnhöfe, welche bis zum Mai d. J. beendet sein sollen...

Tringa, 16. Jan. 1914. Der Wälder Schäfer aus Weinsberg brachte gestern einen schwer beladenen Wagen hierher. In der Bahnhofstraße scheiterte die Pse. vor einem Schwellen...

Der Erkaupf austragender Später war am Dienstag die Sparkasse in Genf. Infolge des Zusammenbruchs zahlreicher Bankhäuser...

Einen weissen Hund hat in der Nähe von Almedia (Switzerland) ein Bauer auf einem Weidplatz gemacht. Er entdeckte unter einer Maaschicht eine Eisenplatte, die mit Gold- und Silbermünzen angefüllt war...

Eingefandt.

Jahr Mitteilungen an dieser Stelle übernimmt die Redaktion nur die prägnantesten Verantwortungen.

Unser früherer Herr Landrat Springorum hatte eine Gruppen-Wasserleitung geplant, ein Projekt, das auch von unserem jetzigen Herrn Landrat weiter verfolgt wird...

Handel und Industrie.

Berlin, 15. Januar 1914. Es will nicht besser werden. Die Wälder ist unruhig und geschäftlos. Die Beteiligung des abgeleiteten Publikums fehlt...

König aus dem Sterberegister des Kgl. Standesamts Sulda.

Am 9. bis einschli. 15. Januar 1914. In meldungen: An Werktagen von 8-12 Uhr vormittags, an Feiertagen von 11-12 Uhr vormittags...

Reklamen- und Anzeigenteil.

Der Siegeszug von Scotts Emulsion währt schon fast 40 Jahre. Ein seltener Erfolg, der nur erklärbar ist durch ihre Güte und Wirkungskraft...

